



Stadtentwicklung durch Flächenkreislaufwirtschaft

– das ExWoSt-Forschungsfeld und die Forschungsstrategie des Bundes



Vom Planspiel in die Praxis – Ergebnisse des Forschungsprojekts „Fläche im Kreis“
Impulsveranstaltung der Stadt Duisburg, 22.06.2006

Dr. Peter Jakobowski, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung



Gliederung

1. Politische Auftrag und Umsetzung
2. Planspiele und erste Ergebnisse
3. Weitere Aktivitäten auf Bundesebene

Aktuelle Statements aus der Politik

DIE WELT

Bund will den Flächenverbrauch deutlich senken

Berlin - Der Flächenverbrauch in Deutschland soll auf die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Größenordnung von 30 ha/Tag bis 2020 reduziert werden. "Einen wesentlichen Beitrag dazu wird die Nutzung so genannter Brachflächen im Rahmen des Flächenrecyclings leisten", sagte der Staatssekretär im Bundesbauministerium Engelbert Lütke Daldrup auf dem Altlastensymposium in Berlin.

28. April 2006



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

„... dass wir im Schnitt jeden Tag immer noch mehr als 100 Hektar neue Fläche für Siedlung und Verkehr in Anspruch nehmen. Wir haben uns vorgenommen, das bis zum Jahr 2020 auf 30 Hektar zu reduzieren. Welche städteplanerischen und gestalterischen Aufgaben darin liegen, wie viele Architekten man beschäftigen kann, um angenehmen Lebensraum zu schaffen und trotzdem diese Versiegelung unseres Landes zu stoppen, das kann man sich vorstellen. Ich meine, von 100 Hektar, die wir jeden Tag zersiedeln, auf 30 Hektar zu kommen, bedeutet erst einmal ein **massives Umdenken**.“

Angela Merkel anlässlich des Festakts "100 Jahre staatlicher Naturschutz" am 30. Mai 2006 in Bonn

„Eine weitere wichtige Aufgabe wird es sein, den Flächenverbrauch in Deutschland weiter zu reduzieren.“ 02.06.2006 - 11:54 Uhr, **CDU/CSU Bundestagsfraktion** zum Internationalen Tag der Umwelt am 5. Juni 2006



I. Nationale Nachhaltigkeitsstrategie 2002 und Fortschrittsbericht 2004: Idealfall Flächenkreislauf

Bundesregierung verfolgt **Doppelstrategie**
von quantitativer und qualitativer Steuerung:



„Ziel 30-ha“ in 2020, Dezentrale Konzentration und Innenentwicklung

2004: Bundesregierung fordert, „die tatsächliche Neuinanspruchnahme von Flächen langfristig weitgehend durch die erneute Nutzung vorhandener Flächen zu ersetzen“: D.h. im Idealfall

- Flächenkreislauf durch Flächenrecycling,
- Neuausweisungen durch Entsiegelung oder anderweitige Renaturierungen kompensieren,
- unter Beachtung wirtschaftlicher Belange.



www.bundesregierung.de/Politikthemen/Nachhaltige-Entwicklung-,11419/Fortschrittsbericht-2004.htm. vgl. auch „Mehr Wert für die Fläche“ - Rat für nachhaltige Entwicklung Juni 2004.



Was will der Bund?: Mehr Flächenhaushalt!

Koalitionsvereinbarung 11.11.2005:

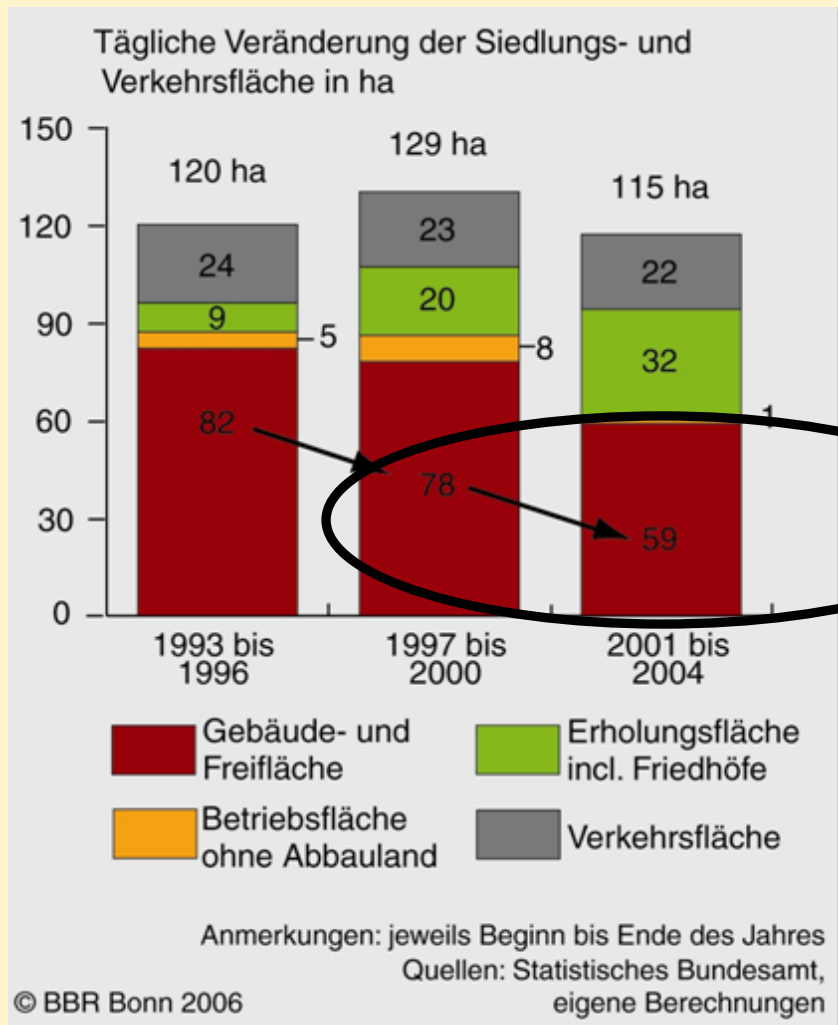
- ...Zur *Wiedernutzung von Stadtbrachen* ... (in) davon besonders betroffenen Städte im Rahmen des Förderprogramms Stadtumbau West unterstützen (2527ff.)
- .. Zur *Verminderung* der Flächeninanspruchnahme ...Vorhaben zur Stärkung der Innenentwicklung vereinfachen und beschleunigen (Zeilen 2546ff.)
- ..den Flächenverbrauch zu *reduzieren* (2789 ff.) und für ein Flächenressourcenmanagement finanzielle Anreizinstrumente entwickeln





Wo stehen „wir“?

II. Flächen“verbrauch“ bundesweit rückläufig – überwiegend baukonjunkturell bedingt



Trend:

129 -> 115 ha 2000-04.

Rückläufige Zunahme,
insbesondere bei den
Gebäude- und Freiflächen.

Flächenstatistik überzeichnet
tatsächliche
Flächeninanspruchnahme

Aber: Bautätigkeit zwischen 1995-
2004 nahezu geviertelt.



Dezentrale Konzentration im EU-Vergleich: Deutschland vglw. kompakt und verdichtet



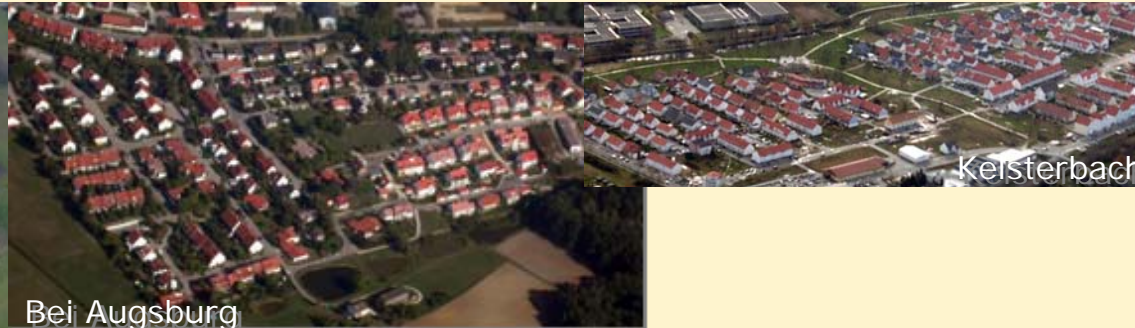
Klagenfurt, A



Albertville, F



Madeira bei Funchal, Pt



Bei Augsburg

Keisterbach



Berliner Umland

Foto: Dosch 2005

Auch verdichtete Bauweisen bieten
begrenzte Einsparpotentiale



Bundesamt
für Bauwesen und
Raumordnung

Die Planspiele



Die 5 Planspielregionen: Grund für die Auswahl und Themenschwerpunkte in den Planspielen

- Region Stuttgart („höchste Baulandpreise und Baulanddruck“): Freiraumverträgliche Steuerung des Zuwachses in der Region
- Region Mölln („Siedlungswachstum in ländlichen Regionen“): mehr regionale Kooperation und planerische Instrumentenbündel
- Duisburg („Strukturwandel seit > 20 J.“): Integrierte Stadtentwicklungsplanung und kommunale Grundstücksfonds
- Nordthüringen („Brachenmanagement beim Um- und Rückbau“): Regionales Brachflächenmanagement und Grundstückfonds
- Rheinhessen-Nahe („koop. Flächenmanagement“): Instrumentenbündel



Planspielphase I („Status quo“)

Ergebnisse aus allen 5 Regionen

- Phase I: 29 Einzelinstrumente aus den Handlungsbereichen Planung, Informationen, Organisation/Management, Kooperation, Budget, Investitionen und Förderprogramme, Vermarktung, Anordnungen.
- Flächenkreislaufwirtschaft kann der Stadtentwicklung helfen bei wirtschaftlichem Strukturwandel und im demographischen Wandel
- 5 Instrumentenbündel: räumliche Planung, kommunalpolitische Information, Organisation, Förderung und Handlungsfähigkeit, regionale Spezifika im Zusammenhang mit Stadtumbau
- Öffentliche Hand als Motor, Informationsoffensive, Flächenmonitoring, starke Regionalplanung, Strategische Portfoliomanagement



Planspielphase II („neue Instrumente“)

Trends aus allen 5 Regionen

- Phase II: > 25 neue meist ökonomisch orientierte Einzelinstrumente in der Diskussion und an Fallbeispielen evaluiert
- **Präferenz über alle Regionen:** Neuausweisungsumlage, Kommunaler Finanzausgleich (Zweckzuweisungen), Kosten-Nutzen-Betrachtungen, Flächenpools / Grundstückfonds, Rückbauverpflichtung Innenbereich + Versicherung, Neuausrichtung der EU-Strukturfonds und Fördermittel,
- **Flankierend:** u.a. Instrumente des Interessenausgleichs: Fonds für Flächenrecyclingprojekte, Bonusflächenkonzepte, Zweckzuweisungen im KFA für Zwischennutzungen und Renaturierungen, Informatorische Instrumente, (KfW-) Kreditprogramme für Private
- **Derzeit nicht favorisiert:** Grundsteuerreform (Flächensteuer, Flächennutzungssteuer, Bodenwertsteuer, Kombinationen), Handelbare Flächenausweisungsrechte/Zertifikate, Reformierte Grunderwerbsteuer, Beeinflussung der Grundstückspreise, Rückbaurücklage, Herabsetzung baulicher Standards u.a.m.



Was macht der Bund flächenpolitisch?



V. Was macht der Bund? ..in seinem Zuständigkeitsbereich – **REALISIERT** -

- Novellierung des BauGB (2004): Einführung der Plan-UVP; Stärkung Bodenschutzklausel, Pflicht zum Rückbau
- Ausbau Städtebauförderung, Modifizierung von Förderprogrammen
- Deutliche Aufstockung von „Bundesfinanzhilfen Stadtumbau“
- Streichung der Eigenheimzulage
- Forschungsprogramme: > 50 Projekte der Ressortforschungen der Ministerien, REFINA u.a.m.
- Nachhaltigkeitsbarometer Fläche
- kontinuierlicher Dialog und Veranstaltungen



Aktivitäten des Bundes in seinem Zuständigkeitsbereich - **GEPLANT** -

- Verbindliche Festlegungen in Raumordnungsplänen zur Begrenzung des Siedlungsflächenwachstums.
Flächenbedarfsnachweis in Bauleitplanung, striktere Prüfung in Genehmigungs- und Aufstellungsverfahren
- Prüfung des Beitrages ökonomischer Instrumente, Flächenhaushalt und kommunale Finanzverfassung, Kosteninternalisierung bei Erschließung, Fondsmodelle,
- Stärkung kommunalen/regionalen Flächenmanagements, Flächenmonitoring
- Innenentwicklung und geändertes Förderinstrumentarium.
- Dialog, Bewusstseinsbildung



Wie geht es weiter auf Bundesebene?

- 5 regionale Impulsveranstaltung (bis 5.7.2006)
- Diskussion der Ergebnisse mit Experten und Verbänden auf politischer Ebene
-
- Printveröffentlichungen, noch 2 ExWoSt-Infos, Expertisen
- 17.11.06 Kongress „Perspektive Flächenkreislaufwirtschaft“



Jetzt haben wir erstmal die WM!

Auch da geht es wie man sieht
um Kreisläufe...



Frei nach dem Motto: „Der Ball ist rund und rollt.“
Die Flächenkreislaufwirtschaft hat erst begonnen!

Fläche
im
Kreis



ALLEN PlanspielteilnehmerInnen einen herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!!

- Martin Linne, Helmut Höffken, Jörg Schimmack, Günter Eidam, Volker Heimann und Sabine Hoster, Stadt Duisburg
- Michael Schwarze-Rodrian und Ilka Bauer, Projekt Ruhr GmbH
- Günter Braun, Entwicklungsgesellschaft Duisburg mbH
- Robert Fabi, Stüdemann Grundbesitz Entwicklungsgesellschaft mbH
- Tomas Grohé, Emschergenossenschaft
- Stephan Günthner, BUND Landesverband NRW
- Wolfgang Kellberg, GEBAG (Duisburger Gemeinnützige Baugesellschaft AG)
- Ludger Kloidt, LEG Landesentwicklungsgesellschaft NRW GmbH
- Renate Orywa und Klaus Wulfert, GFW Duisburg
- Reinhold Schmidt, Immeo Wohnen GmbH
- Hermann Timmerhaus, Montan Grundstücksgesellschaft mbH
- Carsten Tum, Regionalverband Ruhr
- Dirk Westhold und Klaus Otte, Rhein Lippe Wohnen GmbH
- Dr. Ghanem Degheili, Logport GmbH